Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 57 — **Dienstag, den 8. März 1932.** — **87. Jahrgang**

Tagesschau.

* Der frühere französische Außenminister und Ministerpräsident Briand ist Montag mittag in Paris gestorben. Reichskanzler Dr. Brüning hat an Ministerpräsident Tardieu ein Beileidstelegramm gerichtet.

* Die Genfer Abrüstungskonferenz hat einen Arbeitsplan angenommen, nach welchem die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf allgemeine Abrüstung zu Beginn der großen Aussprache zur Behandlung gelangen.

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht einen Bericht des Schanghaier Konsularkorps, in dem festgestellt wird, daß alle Versuche, einen von beiden Teilen angenommenen Waffenstillstand herbeizuführen, gescheitert sind.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist auf Dienstag nachmittag 4 Uhr einberufen worden. Es handelt sich um eine Diskontsenkung, deren Ausmaß noch nicht feststeht.

Zwischen Rom und Budapest ist ein Abkommen zur Förderung des Warenverkehrs zwischen Ungarn und Italien abgeschlossen worden.

* Der Attentäter, der in Moskau den Revolveranschlag auf den deutschen Botschaftsrat ausführte, hat gestanden, im Auftrage ausländischer Kreise gehandelt zu haben, um eine Spannung zwischen der Sowjetunion und Deutschland hervorzurufen.

* Wegen der Grippeepidemie sind in Breslau 14 Schulen und über 70 Einzelklassen geschlossen worden.

* In Stockholm wurde eine der bekanntesten Persönlichkeiten Schwedens, der Wirtschaftsführer Hjalmar von Sydow, in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Auch die beiden Dienstboten wurden ermordet. Als Täter kommt der Sohn des Ermordeten, der noch gestern abend in einem Hotel sich und seine Ehefrau erschossen hat, in Frage.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Ministerpropaganda.

In dieser Woche ist das Reichskabinett sozusagen nicht vorhanden. Fast alle Minister veranstalten Wahlkundgebungen zugunsten der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg. Man kann im Zweifel darüber sein, ob es schon aus außenpolitischen Gründen erträglich ist, daß der Reichskanzler jetzt im Lande umherreist, während gleichzeitig die französische Politik zu einem neuen Stoß gegen Deutschland ansetzt. Es zeigt sich eben, daß in allen Demokratien die Zeiten der Wahl des Staatsoberhauptes diejenigen sind, in denen der Staat selbst am schwächsten ist. Wir wünschen nur, daß sich dieser Schwächezustand jetzt nicht verhängnisvoll für unser Vaterland auswirkt.

Aber auch im Interesse der Person des Generalfeldmarschalls von Hindenburg selbst muß man die Frage aufwerfen, ob mit dieser intensiven amtlichen Wahlpropaganda etwas Nützliches geschafft wird. Diejenigen Kreise, die sich die Schaffung der Voraussetzungen für eine überparteiliche Kandidatur Hindenburgs zur Aufgabe gemacht haben, werden zweifellos nicht sehr erfreut darüber sein, wenn die Reichsregierung mit vollen Segeln sich in diesen Wahlkampf hineinstürzt. Denn es liegt doch die Gegenbehauptung der Oppositionsgruppen allzu nahe, daß man jetzt ja sehe, wie stark das „System" sich der Person des Reichspräsidenten von Hindenburg verbunden fühle. Auch ist es ein sehr zweischneidiges Schwert, den Rundfunk in dem Umfange in die amtliche Wahlparole einzuspannen, wie es tatsächlich geschieht. Die nochmalige Uebertragung der Brüningschen Reichstagsrede ist mit Recht in den Kreisen der Opposition als eine dick aufgetragene Regierungspropaganda empfunden worden. Man braucht wohl nicht daran zu erinnern, daß während des Präsidentschaftswahlkampfes des Jahres 1925 der damalige Reichskanzler Dr. Luther diese Stellungnahme der Reichsregierung im Wahlkampfe ablehnte. Da aber die heutige Reichsregierung in den weitesten Kreisen des Volkes nicht als eine überparteiliche Reichsregierung angesehen wird, kann ihre aufdringliche Werbetätigkeit der Kandidatur Hindenburgs bestimmt keinen großen Nutzen bringen.

Wahlrede des Reichskanzlers in Essen.

Essen, 7. März. Vor einer riesigen Zuhörermenge, die die beiden größten Hallen der Essener Ausstellung nicht fassen konnten, sprach heute abend Reichskanzler Dr. Brüning über die Wahl des Reichspräsidenten. Der Kanzler, von der Menge stürmisch begrüßt, wies darauf hin, daß die Agitation der gegnerischen Präsidentschaftskandidaten in einer Weise betrieben werde, als befände sich Deutschland im tiefsten Frieden und im vollsten Aufstieg, aber nicht in den schwersten außenpolitischen Kämpfen.

Gerade weil Deutschlands Lage so außerordentlich ernst sei, habe er seinerzeit versucht, die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten v. Hindenburg auf parlamentarischem Wege zu erreichen. Der Kanzler widerlegte die Behauptung, als ob er selbst ein Hemmnis für die einmütige Wiederwahl Hindenburgs gewesen sei. In den elementarsten Fragen der Politik bestehe auf der Rechten nicht die geringste Einigkeit, das hätten die Verhandlungen der letzten Monate in aller Klarheit gezeigt, das würde heute in den Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Teilen der Harzburger Front in aller Oeffentlichkeit dem Volke vor Augen geführt.

Wenn Hitler an das Reichsoberhaupt einen Brief richte, der vier Stunden vorher der ausländischen Presse zur Kenntnis gebracht werde, so müsse man fragen, wo denn da die nationale Gesinnung bleibe. Wenn von nationalsozialistischer Seite im Reichstag in Anwesenheit des gesamten diplomatischen Korps der deutschen Regierung jedes Recht abgesprochen werde, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen, so sei kein Wort scharf genug, solches Verhalten zu geißeln. Wenn es einen Dolchstoß gegeben habe, dann sei es die Verweigerung der parlamentarischen Verlängerung der Präsidentschaft v. Hindenburgs gewesen, dann sei es die Tatsache, daß Führer der Nationalsozialistischen Partei einer Regierung, die im allerschwersten außenpolitischen Kampf stehe, in den Rücken fallen und ihr die Verhandlungsfähigkeit absprechen.

Der Reichskanzler erinnerte daran, unter welch schweren Bedingungen die Reichsregierung ihre Arbeit begonnen habe, und daß es ihr gelungen sei, noch über diesen Winter hinaus Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ein falscher Schritt in den letzten zwei Jahren, und das Werk wäre nicht gelungen, wir hätten dann vor dem Chaos gestanden. Wenn dem Inlande und Auslande die Garantie für die Stabilität der Verhältnisse durch die Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten gegeben werde, würden wir aus der akuten Gefahr des Zusammenbruches heraus sein.

Dr. Brüning wandte sich mit Schärfe gegen jede inflationistische Maßnahme, die das deutsche Volk in den Untergang führen müßte.

v. Oldenburg-Januschau zur Präsidentschaftsfrage.

Auf einer großen öffentlichen Kundgebung des Kreises Ruppin der Deutschnationalen Volkspartei in Neuruppin am Sonntag, den 6. März, legte der Kammerherr v. Oldenburg ein klares Bekenntnis für Duesterberg als dem Kandidaten des schwarz-weiß-roten Kampfblockes ab.

Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß gerade er als persönlicher Freund des Generalfeldmarschalls es sehr wohl verstehen könne, wenn viele Deutsche der Kandidatenfrage mit zwiespältigen Gefühlen gegenüberständen. Er müsse aber bemerken, daß dann wohl niemand so wie er in Gewissenskonflikt hätte geraten können. Er müsse aber erklären, daß es für ihn keinen Zweifel gäbe, daß bei der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, er als guter Preuße und Deutscher das bestehende System nicht dadurch decken könne, daß er aus persönlichen Gefühlen der Pietät heraus seine Stimme dem Feldmarschall gäbe. Vielmehr fordere er alle seine Gesinnungsfreunde im Lande auf, mit ihm zu gehen und ihre Stimme für Duesterberg abzugeben.

Der Arbeitsplan der Abrüstungskonferenz

Genf, 7. März. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in einer mehrstündigen bewegten Sitzung, in der die deutschen Forderungen von dem stellvertretenden Führer der Abordnung, Staatssekretär z. D. von Rheinbaben, mit großem Nachdruck vertreten wurden, schließlich den Arbeitsplan für die große politische Aussprache im Hauptausschuß ausgearbeitet.

Der Arbeitsplan legt fest, daß die grundsätzlichen deutschen Forderungen auf allgemeine Abrüstung gleich zu Beginn der großen Aussprache zur Behandlung gelangen, und zwar vor Behandlung der französischen Sicherheitsvorschläge. Die deutschen Abrüstungsanträge kommen in den Punkten 1 und 5 der Tagesordnung zum Ausdruck. Somit wird der Hauptausschuß zwangsläufig die von Deutschland geforderte Klärung über die Frage der allgemeinen vollständigen Abrüstung und der Gleichberechtigung aller Staaten gleich zu Anfang vornehmen müssen. Die französischen Sicherheitsvorschläge stehen erst an vierter Stelle und sind zwischen der deutschen Hauptforderung, der allgemeinen vollständigen Abrüstung und der Frage der Gleichberechtigung eingeschaltet.

Der Hauptausschuß ist zum Dienstagvormittag einberufen worden, um den Arbeitsplan zu genehmigen.

Laval Verhandlungsleiter mit Deutschland.

Paris, 7. März. Auf Vorschlag von Ministerpräsident Tardieu wurde vom heutigen Ministerrat Arbeitsminister Laval mit der Leitung der französischen Sektion der deutsch-französischen Wirtschaftskommission betraut. Abgeordneter Guignour wird das Vizepräsidium führen.

Italien begrüßt das „Donau-Memorandum" Tardieus.

Rom, 8. März. Die italienische Regierung hat heute das „Donau-Memorandum" der französischen Regierung beantwortet und gleichzeitig die Regierungen von Großbritannien und Deutschland über den in dieser Erwiderung eingenommenen Standpunkt in Kenntnis gesetzt. Die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Sanierung der Donauländer anzupacken, sei, wie es in der Note heißt, jetzt von allen europäischen Mächten anerkannt worden, obzwar es noch nicht gelungen sei, sich auf eine organische Fassung, die allen genehm ist, zu einigen.

Die italienische Regierung, so fährt das Dokument fort, war eine der ersten, die sich mit den wirtschaftlichen Verhältnissen der Donaustaaten, insbesondere mit denen der Republik Oesterreich, befaßt hat. Aus diesem Grunde begrüßt sie voll und ganz die in dem Manifest der französischen Regierung erörterten Absichten.

Briand †.

Paris, 7. März. Der frühere französische Außenminister Aristide Briand ist heute nachmittag kurz nach 1 Uhr in seiner Pariser Wohnung plötzlich gestorben.

Briand hatte erst vor einigen Tagen seinen Wohnsitz von seinem Landhaus in Cocherel wieder nach Paris verlegt.

Wenige Wochen vor Vollendung seines 70. Lebensjahres — er war am 28. März 1862 in St. Nazaire geboren — ist Briand in Paris dem Leiden erlegen, das ihn bereits im vergangenen Jahre wiederholt aufs Krankenlager geworfen hatte. Wenige Politiker gibt es, deren Gesundheitszustand vor allem in den letzten Jahren so sehr Gegenstand der öffentlichen Aufmerksamkeit war. Immer und immer wieder wurde von Briands Krankheiten gesprochen. Und nun kommt die Nachricht von seinem Tode dennoch überraschend. Denn man glaubte nicht nur, man wußte auch, daß Briands Krankheiten meistens nur Mittel zu einem politischen Zweck waren. Erst vor wenigen Tagen noch kam die Nachricht, daß er die Krankheit, die er bei seinem Ausscheiden aus dem Kabinett Laval vorschützte, überwunden habe und wieder nach Paris zurückgekehrt sei, wo der Wahlkampf bereits beginnt. — Im Wahlkampf zwischen der französischen Rechten und Linken war Briand eine bedeutsame Figur. Mit ihm mußte man rechnen. Er war der Mann der Linken und man nahm an, daß er sich von Laval, Tardieu und Flandin nur getrennt habe, um dann nach einem deutlichen Absatz als Vertrauensmann der Linken wieder im Ministerium des Auswärtigen zu erscheinen. Durch diesen politischen Plan hat der Tod nun einen Strich gemacht, und es ist schon möglich, daß dies Ereignis die kommenden französischen Wahlen fühlbar beeinflußt. —

Aber wenn jetzt, womit bestimmt zu rechnen ist, auch die Ansicht laut wird, daß der Tod Briands sich fühlbar in der internationalen Politik auswirken muß, dann ist das falsch. Gerade jetzt kann nicht scharf genug betont werden, daß das letzte außenpolitische Ziel Briands genau das-